

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

| | |
|--|---|
| AKTUELLES AUS THÜRINGEN | 1 |
| Thüringer Regionaltagung zur EU-Förderung (AMIF) | 1 |
| Standorte für Bildungsprojekt 2014 - jetzt bewerben | 1 |
| Weimar wird „Willkommensbehörde“ | 2 |
| Handreichung „Anerkennung ausländischer Abschlüsse“ | 2 |
| Asylsuchende erhalten einwöchige Orientierungskurse in Thüringen | 2 |
| Jeder dritte Arbeitslose hat Migrationshintergrund | 2 |
| Thüringer Welcome Center eröffnet | 2 |
| Anerkennungsverfahren nach neuem Gesetz | 3 |
| WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND | 4 |
| Erster Kinder-Migrationsreport veröffentlicht | 4 |
| Zur Lage von Asylsuchenden | 4 |
| OECD Studie | 5 |
| GLOBALE NACHRICHTEN | 5 |
| UNHCR: 45 Millionen Menschen auf der Flucht | 5 |
| Internationaler Migrationsausblick | 6 |
| NEUIGKEITEN DER EU | 7 |
| Buchempfehlungen - Downloads - Termine | 9 |
| Impressum | 9 |

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Ankündigung:

Thüringer Regionaltagung zur EU-Förderung (AMIF)

Die Thüringer Regionaltagung findet am Montag, den **02. Dezember 2013 von 09.30 Uhr bis 15.00 Uhr** im Festsaal des **Erfurter Rathauses** statt.

Die Veranstaltung wird gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Thüringer Innenministerium sowie der Stadtverwaltung Erfurt durchgeführt. Vorgesehen ist, dass der Integrationsminister Herr Geibert ein Grußwort hält.

Hintergrund der Tagung ist, dass ab 2014 die EU-Fonds in eine neue Förderperiode eintreten. Die ehemals drei getrennten

Fonds werden dann im Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (kurz AMIF) zusammengefasst.

Das Bundesamt wird in der neuen Förderperiode für die europäischen Mittel zuständig sein. In der Veranstaltung geht es darum, die wesentlichen Neuerungen und Förderziele vorzustellen. Diese Förderung können öffentliche und freie Träger für die Integrationsarbeit beantragen und nutzen.

Bitte melden Sie sich bis zum 12. November an unter der Tel. 0361 6431535 oder zim@integration-migration-thueringen.de

Standorte für Bildungsprojekt 2014 - jetzt bewerben

Seit 2012 führen wir das Projekt „Transfer und Bildung – TraBi 2020“ erfolgreich in Erfurt durch. Es ist ein neuartiges Projekt in Thüringen bestehend aus zwei Komponenten, einem Bildungsprojekt mit Bildungsberatung sowie einem Vernetzungs- und Transferprojekt.

Das Bildungsprojekt bildet die Basis. Die sechsmonatige Qualifizierung besteht aus sechs unterschiedlichen, aufeinander abgestimmten Modulen. Es beinhaltet maßgeschneiderte Angebote für die Teilnehmer und führt zu einem Kompetenzgewinn. Ziele sind die Verbesserung der Sprachkompetenz auf B2 Niveau, der Erwerb von Kenntnissen über das deutsche Ausbildungs- und Arbeitsmarktsystem, die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz sowie die Erhöhung der Mobilität und Chancen zur beruflichen Eingliederung. Das Bildungsprojekt haben wir in Erfurt bereits 2012 und 2013 erfolgreich mit

30 Teilnehmern durchgeführt.

Nach Jena und Gotha haben wir TraBi bereits 2013 erfolgreich transferiert. Dort finden zurzeit Kurse statt, die Ende des Jahres abschließen werden. In Jena arbeiten der Internationale Bund (IB) und das Institut für Interkulturelle Kommunikation e.V. (IIK) erfolgreich zusammen und in Gotha der IB-JMD und die Volkshochschule. Für den Transfer haben wir auch eine Handreichung erarbeitet, die wir Ihnen vor einiger Zeit zugeschickt haben sowie einen Projektfilm entwickelt. Für das nächste Jahr möchten wir das Projekt in weitere Thüringer Regionen transferieren. Dafür suchen wir noch Träger, die das Projekt mit unserer Hilfe vor Ort umsetzen und nach der Projektzeit eigenständig weiterführen möchten.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei: Anita Müller, Tel. 0361 6431535, anita.mueller@internationaler-bund.de.



AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Weimar wird „Willkommensbehörde“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die Ausländer- und Meldebehörde der Stadt Weimar als Projektstandort im Programm „Willkommensbehörden“ erkoren. Kern des Mitte 2013 beginnenden, zweijährigen Modellprojektes ist, Ausländer- und Meldebehörden bei der Entwicklung zu „Willkommensbehörden“ zu unterstützen. Die Modellbehörden werden in der Organisationsstruktur, der Vernetzung mit anderen Institutionen und in den kommunikativen Techniken und Fähigkeiten des Personals unterstützt. Im Ergebnis sollen aus der Projektarbeit Musterprozesse abgeleitet werden, die auch andere Ausländerbehörden befähigen, auf spezifische Situationen bei der Umsetzung ihrer Willkommenskultur reagieren zu können.

„Das Projekt unterstreicht auf besondere Weise die Bedeutung der Ausländerbehörden bei der Initiierung eines erfolgreichen Integrationsprozesses“, betonte Minister Geibert und begrüßt die Entscheidung des Bundesamtes. Schon im Mai äußerte sich Geibert positiv über das Modellvorhaben, da „Thüringen davon nur partizipieren und so an der Entwicklung einer Willkommens- und Anerkennungskultur mitarbeiten kann.“ Als Projekträger wurde die Otto-Benecke-Stiftung (OBS) in Kooperation mit dem Kölner Institut für interkulturelle Kompetenz (KIJK) ausgewählt. Der Projektstart wird am 10. Oktober mit einer Veranstaltung in Nürnberg offiziell erfolgen. Carsten Ludwig, Pressereferat
Quelle: Thüringer Innenministerium, Medieninformation 143/2013

Handreichung „Anerkennung ausländischer Abschlüsse“

Die 2. Auflage der Handreichung „Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse“ steht für Sie auf der Homepage der IBS gGmbH unter <http://www.ibs-thueringen.de/index.php?id=6922> zur Verfügung. Neben der Online-Ausgabe können einzelne Exemplare auch in Papierform angefordert werden. Die Handreichung dient als Orientierungshilfe und weist den Weg durch den „Zuständigkeitsdschungel“. Neben der Erläuterung zu schulischen und beruflichen Anerkennungswegen enthält sie Kapitel zu Arbeitsmarktzugängen, dem Thüringer Schulsystem und (Weiter-) Bildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig werden alternative Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Handreichung wurde innerhalb des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ erstellt. Weitere Informationen: Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement (IBS) GmbH, Johannesstraße 112, 99084 Erfurt, Tel. 0361/51150023, E-Mail reiche@ibs-thueringen.de
Quelle: IBS GmbH

Thüringer Welcome Center eröffnet

Am 03.09.13 wurde das „Welcome Center Thuringia“ eröffnet. Es versteht sich als erste Anlaufstelle für ausländische Fach- und Arbeitskräfte, aber insbesondere auch zur Verbesserung der Willkommenskultur in Thüringen. Kontakt: Willy-Brandt-Platz 1, 99084 Erfurt, Tel. 0361 5603620, welcome-center@leg-thueringen.de, www.welcome-to-thuringia.de

Asylsuchende erhalten einwöchige Orientierungskurse in Thüringen

Eisenberg (Saale-Holzland-Kreis). Asylsuchende erhalten ab September in der Landesaufnahmestelle in Eisenberg einwöchige Orientierungskurse in Deutsch und Landeskunde.

Ziel sei es, die Integration bis zur Entscheidung über den Asylantrag zu verbessern, erklärte am Freitag Innenminister Jörg Geibert (CDU) nach einem Besuch des Erstaufnahmelaagers. „Auch wenn viele der Asylsuchenden mangels Asylgrund wieder in ihre Heimat zurückkehren, sollten wir sie während ihrer Zeit in Deutschland so gut es geht unterstützen.“

Im ersten Halbjahr hat sich die Zahl der Asylsuchenden in Thüringen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum etwa verdoppelt auf 1183. Sie kommen zunächst in die Aufnahmestelle in Eisenberg, von wo sie im Schnitt nach zwei Monaten in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen der Kommunen umziehen. An den Zuständen in Eisenberg hatte es jüngst Kritik gegeben. Die Flüchtlingsorganisation "The Voice" sprach von menschenunwürdiger Behandlung und Schikanen und monierte dabei miserables Essen und unzureichende medizinische Betreuung.

„Die Situation ist auf Grund der derzeit hohen Zahl von neu ankommenden Asylbewerbern angespannt“, räumte Geibert ein. Allerdings seien zusätzliche Wohn- und Sanitärcontainer aufgestellt worden, um die Plätze von 341 auf 421 zu erhöhen. Momentan seien in Eisenberg 370 Menschen untergebracht. Quelle: Thüringer Allgemeine, 16.08.2013

Jeder dritte Arbeitslose hat Migrationshintergrund

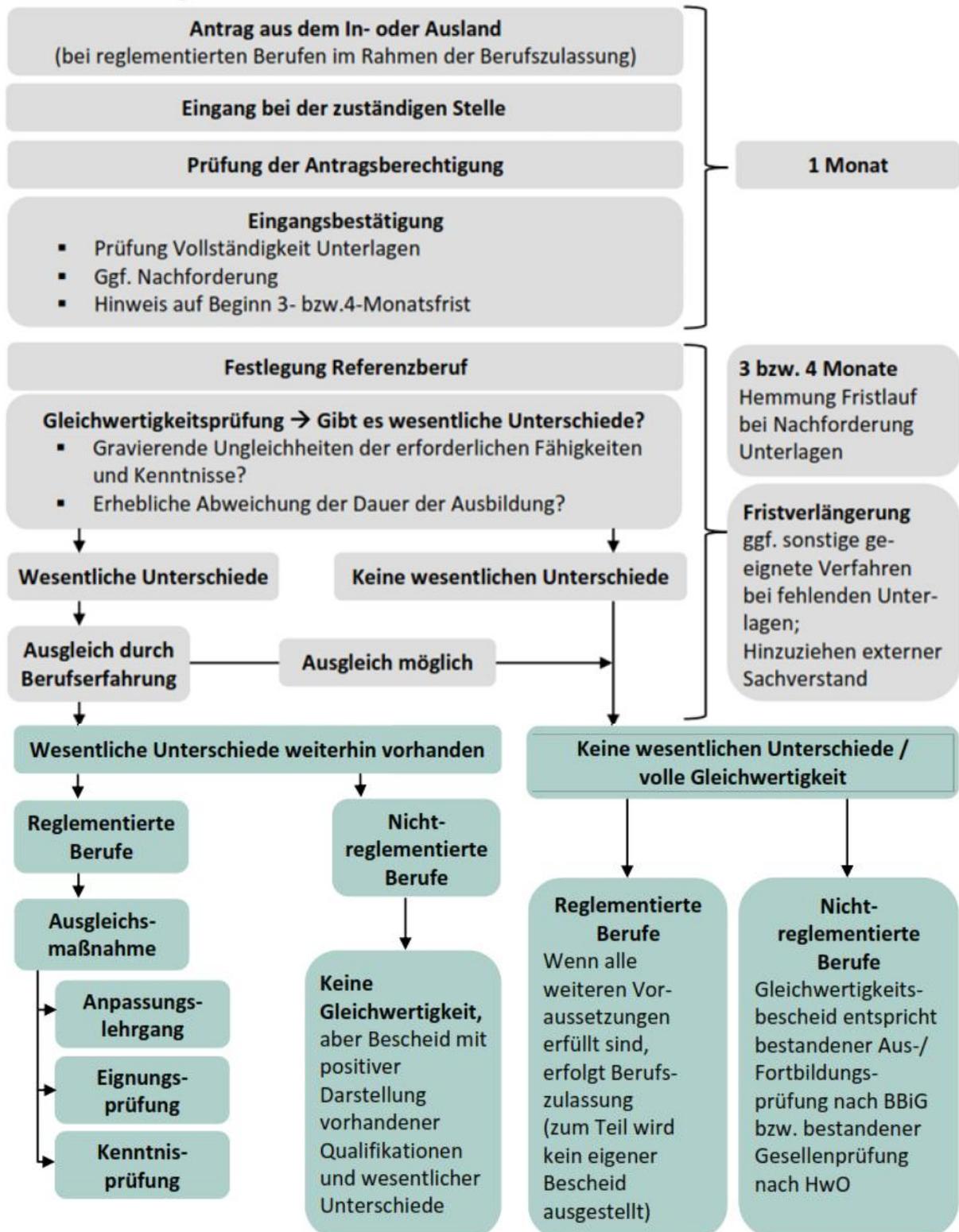
Menschen mit Migrationshintergrund sind weiterhin auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge hatte im Dezember 2012 jeder dritte Arbeitslose einen Migrationshintergrund. Damit ist diese Personengruppe proportional häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als die Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte. Denn: Nur etwa jeder fünfte Einwohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund. Die Zahlen zeigen laut BA, dass es weitere Anstrengungen bedarf, um am Arbeitsmarkt gleiche Chancen für alle zu ermöglichen. Besonders in Bildung und Ausbildung müsse investiert werden. 52 % der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund hätten keinen Schulabschluss. Lediglich 18 % verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung gegenüber 82 % der Arbeitslosen ohne Zuwanderungsgeschichte.
Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2013

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zum Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III, getrennt nach den einzelnen Bundesländern, liegt vor.

Über den folgenden Link können Sie die gesamte Statistik einsehen: http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_32022/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=544668&year_month=201212&year_month.GROUP=1&search=Suchen Quelle: Thüringer Innenministerium

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Das Anerkennungsverfahren¹ nach neuem Gesetz - IQ Netzwerk Thüringen



¹ In Anlehnung an BMBF 2012, Verfahrensausgänge blau markiert

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Erster Kinder-Migrationsreport veröffentlicht

Rund ein Drittel der Kinder unter 15 Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Neun von zehn sind in Deutschland geboren, sieben haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten Kinder mit und ohne Migrationshintergrund leben in Familien mit hohem sowie mittlerem Berufs- und Bildungsniveau. Trotzdem verfügen Kinder mit Zuwanderungshintergrund häufiger als Kinder ohne Migrationshintergrund über geringere kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcen im Elternhaus. Fast jedes sechste Kind mit Migrationshintergrund lebt darüber hinaus in einem familiären Kontext, der durch Armut und Erwerbslosigkeit geprägt ist, bei den Kindern ohne Migrationshintergrund gilt dies für fast jedes 13. Kind.

Der Kinder-Migrationsbericht des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hat versucht, bei der Datenerhebung nach migrationspezifischen und soziodemografischen Merkmalen zu unterscheiden um differenzierte Aussagen zu formulieren. Nimmt man die Kinder mit bzw. ohne Migrationshintergrund jeweils als eine Gruppe zusammen, so lassen sich für beide ähnliche Tendenzen feststellen, betrachtet man die Gruppen in sich differenzierter, so findet man bei einzelnen Untergruppen der Kinder mit Migrationshintergrund stärkere Abweichungen, z.B. einen besonders hohen Unterstützungsbedarf bei den Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund und bei Kindern mit türkischem Migrationshintergrund. Der Bericht bestätigt erneut, dass trotz vergleichbarer hoher Motivation der Kinder und Eltern und trotz ähnlicher Lern- und Bildungsstrategien, Kinder mit Migrationshintergrund schlechtere Bildungschancen haben. Hier verweisen die Autorinnen auf die strukturellen Rahmenbedingungen für Bildung. Die Feststellung aber, dass Kinder mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe sind, ist nicht neu, auch nicht die Feststellung, dass migrationspezifische Merkmale nicht ausreichend erforscht sind, aber darauf kann nicht oft genug verwiesen werden.

Der Kinder-Migrationsreport ist im Mai 2013 veröffentlicht worden und als Download verfügbar.

<http://www.dji.de/bibs/Kinder-Migrationsreport.pdf>

[http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?](http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1186&Jump1=LINKS&Jump2=10)

[projekt=1186&Jump1=LINKS&Jump2=10](http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1186&Jump1=LINKS&Jump2=10) (Zusammenfassung)

Druckfassungen können unter bruhns@dji.de bestellt werden.

Quelle: iaf - Newsletter 14/2013

Zur Lage von Asylsuchenden

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist im ersten Halbjahr 2013 die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland deutlich gestiegen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sowie Flüchtlingsorganisationen streiten über Ursachen und Motive der Wanderung. Asylsuchende versuchten derweil mit selbstorganisierten Flüchtlingscamps in München und Hamburg auf ihre Lebenssituation aufmerksam zu machen.

Hintergrund: Im ersten Halbjahr 2013 stellten 43.016 Menschen in Deutschland einen Asylerstantrag. Das waren fast doppelt so viele (+ 86,5%) wie im Vorjahreszeitraum. Dies geht aus Mitte Juli veröffentlichten Statistiken des Bundesinnenministeriums hervor.

Damit liegt die Zahl der Asylsuchenden aktuell etwa auf dem Niveau der Jahre 1997 bis 2002, als im Durchschnitt jährlich circa 90.000 Menschen in Deutschland Schutz suchten. Hauptherkunftsländer im ersten Halbjahr 2013 waren Russland (9.957 Asylsuchende), Syrien (4.517), Afghanistan (3.448), Serbien (2.682) und Iran (2.293).

Reaktionen: Bundesinnenminister Friedrich kommentierte die Zahlen Mitte Juli wie folgt: „Erstens müssen alle, die tatsächlich schutzbedürftig sind, Schutz bekommen. Zweitens muss der Aufenthalt derer, die nur aus missbräuchlichen oder asylfremden Gründen zu uns kommen, schnell beendet werden. Und drittens muss bei Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates zügig an diesen Mitgliedstaat überstellt werden.“ Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisierte die Aussage des Ministers daraufhin scharf und betonte, dass nicht den einzelnen Schutzsuchenden vorgeworfen werden könne, nach Deutschland einzureisen, sondern die problematischen Lebensumstände in den Herkunftsländern verantwortlich für ihre Flucht seien. Die Aussagen Friedrichs bezeichnete die Flüchtlingsorganisation zudem als „irreführend und gefährlich“, da in der Bevölkerung existierende Vorurteile gegen Asylsuchende bestärkt würden: „Wie gefährlich dies ist, zeigen Proteste gegen Asylbewerberunterkünfte in Berlin-Hellersdorf und an anderen Orten, bei denen auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus mit rassistischen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Asylsuchenden argumentiert wird“.

Streit um Asylbewerberunterkünfte: In den vergangenen Wochen kam es an unterschiedlichen Orten in Deutschland, u. a. in Berlin-Hellersdorf, zu Demonstrationen gegen geplante oder bestehende Asylbewerberunterkünfte. Diese wurden maßgeblich von der rechtsextremen NPD initiiert. Die Partei schürt aktiv Ressentiments in der lokalen Bevölkerung, indem sie die Asylsuchenden kriminalisiert. Als Reaktion auf die Demonstrationen kam es in den betroffenen Orten zu Solidaritätsbekundungen mit den Flüchtlingen. **Neue Flüchtlings-Protestcamps:** Inspiriert von selbstverwalteten Protestcamps von Flüchtlingen in Berlin und anderen Städten errichteten Asylbewerber im Juni und Juli auch in München und Hamburg Zeltcamps, um auf ihre oft als unwürdig empfundene Unterbringung, fehlende gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten, eingeschränkte Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) sowie ihren unsicheren Aufenthaltsstatus aufmerksam zu machen. Für die 300 Protestierenden in Hamburg, die zuvor in Italien Asyl beantragt hatten, gibt es bisher keine politische Lösung. Das Camp in München wurde Anfang Juli von der Polizei aufgelöst, nachdem 50 Teilnehmer des Camps mit einem Hungerstreik ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erwirken wollten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnte diese Forderung ab. Nach der Räumung des Camps gab ein Sprecher der bayerischen Regierungskoalition aus CSU und FDP bekannt, dass die Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Bayern zukünftig verbessert werden sollen. Demnach soll eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber gefördert und mehr Geld für die Betreuung bereitgestellt werden. Die Residenzpflicht soll zwar beibehalten, jedoch unbürokratischer gestaltet werden. Ebenso seien die Asylverfahren beim BAMF schneller abzuwickeln. Damit würden zumindest einige Forderungen der Asylsuchenden und Flüchtlingsorganisationen umgesetzt werden.

Weitere Informationen: www.bmi.bund.de, www.bamf.de, www.proasyl.de, www.lampedusa-in-hamburg.tk, www.refugeentaction.net

Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2013

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

OECD Studie: Deutschland kann viele Einwanderer nicht länger als ein Jahr halten

OECD-Studie zeigt: Aus den europäischen Krisenländern kommen viele Einwanderer nach Deutschland – aus Spanien, Griechenland oder Portugal. Trotz der guten Arbeitsmarktlage verlassen die meisten Deutschland wieder schon nach wenigen Monaten.

„Gerade die verstärkte Zuwanderung aus der EU ist Herausforderung und große Chance für unser Land“, hatte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, noch vor wenigen Wochen anlässlich des 6. Integrationsgipfels gesagt. Glaubt man den Zahlen einer aktuellen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), meistert Deutschland aber weder die Herausforderung noch nutzt sie die Chance.

Auf den ersten Blick stimmen die Studienzahlen optimistisch: Die Einwanderung nach Deutschland ist von 2010 bis 2011 so stark gestiegen wie in kaum einem anderen Industrieland. Allein 2011 ließen sich rund 300.000 Menschen in Deutschland nieder (ein Plus von 68.000 im Vergleich zum Vorjahr). Die Meisten kamen aus den europäischen Krisenländern, darunter Griechenland, Spanien und Portugal.

Deutschland kann Einwanderer nicht halten

Wie aus der Studie allerdings weiter hervorgeht, gelingt es Deutschland nicht, die Einwanderer in Deutschland zu halten. Viele Einwanderer bleiben nur für kurze Zeit in Deutschland. So kehren etwa die Hälfte der Griechen schon innerhalb des ersten Jahres wieder in die Heimat zurück. Bei den Spaniern waren es sogar zwei Drittel. Dabei sind die Berufsaussichten alles andere als schlecht. Die Beschäftigungsquote von Migranten stieg in Deutschland von 2008 bis 2012 um fünf Prozentpunkte; bei Nichtzuwanderern betrug der Zuwachs im selben Zeitraum vergleichsweise nur 1,5 %. Schätzungen der Autoren machen deutlich, wie wichtig Integration für die Volkswirtschaft sein kann. So könnten die hiesigen Staatseinnahmen um etwa 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wachsen, wenn Menschen mit und ohne ausländische Wurzeln auf dem Arbeitsmarkt gleichermaßen vertreten wären. Mehr als 3,5 Milliarden Euro könnten die Mehreinnahmen schon bei hochqualifizierten Migranten liegen.

Einwanderung mit positiver Bilanz

Ein weiterer Befund der Studie: Familien, deren Oberhaupt im Ausland geboren wurde, zahlen in den OECD-Staaten im Schnitt weniger Steuern und Sozialabgaben als inländische Familien. Sie beziehen aber auch seltener Sozialleistungen, wenn man die Rentenbeiträge und -zahlungen außer Acht lässt. Eine Positive Bilanz also, die auch für Deutschland gilt. Bei Familienzulagen und beim Arbeitslosengeld sei das besonders deutlich. Nur Wohngeld und Sozialhilfe beziehen Einwanderer der Studie zufolge geringfügig häufiger als Einheimische.

Insgesamt profitieren Schweiz und Luxemburg am meisten von ihren Einwanderern. In der Schweiz etwa steigerten Einwanderer die Steuereinnahmen um stolze 6,5 Milliarden Franken bzw. das BIP um 1,9 %. In Luxemburg beträgt der BIP-Anteil sogar zwei Prozent. Hintergrund: Prozentual wiesen beide Länder 2011 die höchste Zahl an Zuwanderern aus.

Diskriminierung von Einwanderern

Die Autoren der Studie haben sich auch mit der Diskriminierung von Einwanderern und ihren Kindern auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft beschäftigt. Sie kommen zu dem Schluss, dass Diskriminierung den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen und die Anreize für Investitionen in Bildung mindern kann. Darüber hinaus kann sie einen wirtschaftlichen Verlust für das Aufnahmeland darstellen.

„Diskriminierung zu messen ist schwierig, Studien deuten jedoch darauf hin, dass es nicht unüblich ist, dass Zuwanderer und ihre Kinder über doppelt so viele Bewerbungen abschicken müssen, um eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch zu erhalten, wie Personen ohne Migrationshintergrund, deren Lebenslauf ansonsten vergleichbar ist. Tatsächlich scheint der Effekt der Diskriminierung am deutlichsten im Einstellungsverfahren zu Tage zu treten, auch wenn der spätere berufliche Aufstieg und die Verdienste ebenfalls beeinträchtigt werden können“, so die OECD.

Die meisten Länder hätten Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung ergriffen. Allerdings variierten diese in Umfang und Reichweite stark. Am üblichsten sei die Schaffung von Klagemöglichkeiten. „Eine Reihe von OECD-Ländern setzt darüber hinaus Maßnahmen der positiven Diskriminierung auf der Grundlage von Zielvorgaben und Quoten sowie bestimmte Instrumente wie anonyme Lebensläufe ein. Die Befunde deuten darauf hin, dass Diskriminierung mit solchen Maßnahmen wirkungsvoll bekämpft werden kann, wenn sie umsichtig konzipiert werden“, heißt es weiter.

Info: Die OECD-Studie „International Migration Outlook 2013“ kann hier: http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/international-migration-outlook-2013_migr_outlook-2013-en kapitelweise und nur in englischer Sprache eingesehen werden.

Quelle: Newsletter MiGAZIN, www.migazin.de/newsletter/

Globale Nachrichten

UNHCR: 45 Millionen Menschen auf der Flucht

2012 ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf über 45 Mio. gestiegen. Das ist der höchste Wert seit 1994. Dies geht aus dem Mitte Juni in Genf veröffentlichten Jahresbericht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zur weltweiten Flüchtlingssituation hervor. Grund für die Entwicklung sind vornehmlich bewaffnete Konflikte wie der Bürgerkrieg in Syrien.

Bei den 45,2 Mio. Flüchtlingen handelt es sich sowohl um Binnenvertriebene (28,8 Mio.) als auch um Flüchtlinge, die sich in ein anderes Land retten mussten (15,4 Mio.). Hinzu kommen Personen, die in einem Aufnahmeland bereits einen Asylantrag gestellt haben (1 Mio.). Die Zahlen stützen sich auf Daten der Regierungen, NGOs und des UNHCR. Allein 2012 seien 7,6 Mio. Menschen aus ihren Heimatorten geflohen, darunter 6,5 Mio. innerhalb und 1,1 Mio. außerhalb ihres Landes. Pro Tag verließen damit im Schnitt 23.000 Menschen ihr Zuhause. Im Jahr 2003 waren es täglich 11.000 Menschen gewesen.

Herkunftsländer: Die zehn Länder mit dem höchsten Flüchtlingsaufkommen waren Ende 2012: Afghanistan (2,6 Mio. Flüchtlinge), Somalia (1,1 Mio.), Irak (746.000), Syrien (728.000), Sudan (569.000), Demokratische Republik Kongo (509.000), Myanmar (415.000),

weiter Seite 7

GLOBALE NACHRICHTEN

Kolumbien (394.000), Vietnam (336.000) und Eritrea (285.000). Mit 81 % hält sich die Mehrheit der Flüchtlinge in Entwicklungsländern auf. 46% der Flüchtlinge sind unter 18 Jahre alt. Die Hauptfluchtursache sind kriegerische Auseinandersetzungen. Das zeigt sich auch daran, dass über die Hälfte der Flüchtlinge aus den fünf von Konflikten geprägten Staaten Afghanistan, Somalia, dem Irak, Syrien und dem Sudan stammt.

Aufnahmeländer: Die zehn wichtigsten Aufnahmeländer sind: Pakistan (1,6 Mio. aufgenommene Flüchtlinge), Iran (868.000), Deutschland (590.000), Kenia (564.000), Syrien (476.000), Äthiopien (376.000), Tschad (373.000), Jordanien (302.000), China (301.000) und die Türkei (267.000). Die Zahlen beziehen sich auf die Gesamtzahl der im Land lebenden Flüchtlinge. Setzt man die Anzahl der Flüchtlinge in Bezug zur Einwohnerzahl eines Landes, ergibt sich ein anderes Bild. Dann steht Jordanien mit 49 Flüchtlingen pro 1000 Einwohnern an erster Stelle, gefolgt von Tschad (33), Libanon (32), Demokratische Republik Kongo (24), Syrien (23), Mauretanien (23), Dschibuti (22), Malta (20), dem Südsudan (20) und Montenegro (18).

Syrienkonflikt: Dem Konflikt in Syrien, der UN-Angaben zufolge bislang schon über 100.000 Todesopfer forderte, kommt hinsichtlich des weltweiten Flüchtlingsaufkommens derzeit eine Schlüsselrolle zu. Täglich verlassen rund 6.000 Menschen syrisches Territorium. Eine Flüchtlingsbewegung mit vergleichbarem Ausmaß gab es zuletzt beim Völkermord in Ruanda vor 20 Jahren. Die syrischen Binnenvertriebenen sind in dieser Zahl nicht inbegriffen, verlässliche Schätzungen für sie gibt es seitens der Vereinten Nationen nicht. Die Zahl der registrierten Flüchtlinge in den umliegenden Staaten nähert sich aktuell der Zwei-Millionen-Marke. In der jordanischen Wüste, rund 50 km von der Hauptstadt Amman entfernt, wird derzeit mit finanzieller Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ein neues Lager für 120.000 Flüchtlinge aus Syrien gebaut. Jordanien beherbergt Regierungsangaben zufolge aktuell schon weit mehr als eine halbe Mio. geflohener Syrer und ist damit das wichtigste Aufnahmeland für diese Flüchtlinge. Deutschland hat seine Unterstützung für syrische Flüchtlinge Anfang August um 20 Mio. Euro auf nun 190 Mio. Euro aufgestockt. Flüchtlingsorganisationen fordern indes, dass Deutschland ein großes Kontingent syrischer Flüchtlinge aufnehmen solle.

Weitere Informationen: www.unhcr.org, www.bmz.de, www.proasyl.de, www.caritas-international.de Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2013

Internationaler Migrationsausblick 2013: Einfluss auf Zuwanderung auf Staatshaushalte untersucht

Mitte Juni ist der Internationale Migrationsausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erschienen. Er stellt erstmals im Ländervergleich dar, welchen finanziellen Beitrag Zugewanderte an öffentliche Haushalte leisten und wie viel sie empfangen.

Trends: Der Bericht der OECD gibt einen vergleichenden Überblick über die Migrationsentwicklung in den wichtigsten Industrieländern. Er zeigt ein anhaltendes Wachstum der Zuwandererzahlen, das jedoch niedriger war als vor Beginn der Wirtschaftskrise. Deutschland war im Jahr 2011 – dem

aktuellsten Jahr mit vergleichbaren Daten – das fünfwichtigste Zielland unter den 34 OECD-Staaten nach den USA, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Italien. Zu den wichtigsten Herkunftsländern in der OECD zählen China und Indien sowie Polen und Rumänien, deren Bürger besonders stark die Wanderungsmöglichkeiten in der EU nutzen. Im Durchschnitt ist die Arbeitslosenquote der Zugewanderten in den OECD-Ländern von 2008 bis 2012 um 5 Prozentpunkte gestiegen, während die Arbeitslosenquote der Inlandsgeborenen um 3 Prozentpunkte stieg. Deutschland ist das einzige Land, in dem in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit beider Gruppen gesunken ist, die der Zugewanderten (- 4 Prozentpunkte) sogar etwas stärker als die der im Inland Geborenen (- 2 Prozentpunkte).

Salden: Schwerpunkt des diesjährigen Migrationsausblicks ist eine Studie zu den Auswirkungen von Zuwanderung auf öffentliche Haushalte. Erstmals wird international vergleichend auf der Basis von Umfragedaten der Jahre 2007 bis 2009 analysiert, wie viel Steuern private Haushalte zahlen und wie viel sie an Sozialleistungen beziehen. Hintergrund der Analysen sind Meinungsumfragen, die eine eher positive Einstellung gegenüber Zuwanderung zeigen, wenn Zugewanderte als Gewinn für die öffentlichen Kassen betrachtet werden (z. B. in der Eurobarometerumfrage 2009). Zuwandererhaushalte haben im OECD-Durchschnitt eine weniger günstige fiskalische Position als Nicht-Zuwandererhaushalte, hauptsächlich weil sie weniger Steuern und Sozialabgaben zahlen und nicht, weil sie stärker von Sozialleistungen abhängen. Die OECD nennt diesbezüglich die Beschäftigungsquote als wichtigsten Einflussfaktor. Wenn es gelänge, die Beschäftigungsquote von Zugewanderten zu erhöhen, könnten öffentliche Haushalte stark profitieren. Die Alters- und Qualifikationsstruktur der Zugewanderten beeinflusst darüber hinaus erheblich den durchschnittlichen Beitrag zu den öffentlichen Haushalten. Qualifizierte und jüngere Zugewanderte tragen im Durchschnitt mehr bei als weniger qualifizierte und ältere Migranten. Wenn Zugewanderte altern und nicht viele zusätzliche junge Zugewanderte hinzukommen, verschlechtert sich die Bilanz von Steuern und Sozialleistungen im Durchschnitt. Dies liegt aber nicht daran, dass die Zuwanderung keine positiven Folgen für die öffentlichen Haushalte hat, sondern daran, dass der Maßstab irreführend ist, denn die Beiträge der im Inland geborenen Kinder der Zugewanderten werden nicht als Zuwanderungskonsequenz betrachtet. Dies ist auch die Erklärung dafür, dass für Deutschland im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in der OECD-Analyse kein positiver Beitrag ausgewiesen wird.

Auswirkungen von Zuwanderung: Um die Auswirkungen künftiger Zuwanderungsbewegungen auf öffentliche Haushalte abzuschätzen, sind umfassendere und längerfristige Analysen nötig. Wie ein Überblick der OECD über verschiedene Studien zu diesem Thema zeigt, sind die Auswirkungen von Zuwanderung auf öffentliche Haushalte eher gering; je nach Land und Zeithorizont erhöhen oder verringern sie das Bruttoinlandsprodukt um weniger als 1 %. Während die höchste föderale Ebene in der Regel profitiert, ist das auf lokaler Ebene, wo z. B. Kosten für Bildung und soziale Unterstützung anfallen, nicht unbedingt der Fall. Damit verweist die Studie auf ein Problem, das auch in Deutschland zu Verteilungsdebatten geführt hat. So appelliert der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier an den Bund, mehr soziale Kosten zu übernehmen, die mit der Freizügigkeit innerhalb der EU verbunden sind.

Weitere Informationen: <http://www.oecd.org>
Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2013

NEUIGKEITEN DER EU

Einigung auf Schengen-Reform

Die Anwenderstaaten des Schengener Abkommens können voraussichtlich ab Herbst 2014 in besonderen Notfallsituationen Kontrollen an den Binnengrenzen durchführen. Darauf einigten sich Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments sowie der EU-Mitgliedstaaten auf einer Sitzung Ende Mai in Brüssel.

Inhalte: Das Reformpaket unter dem Namen „Schengen Governance Package“ beinhaltet zwei Maßnahmenbereiche. Dabei handelt es sich zum einen um Maßnahmen zur Evaluierung der Anwendung des Schengener Vertragswerkes sowie zum anderen um eine Änderung des Schengener Grenzkodexes zur temporären Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Anwenderstaaten. Im Rahmen der Evaluierungs- und Monitoringmaßnahmen kann die EU-Kommission unangekündigte Besuche in den Grenzregionen der Anwenderstaaten vornehmen, um zu überprüfen, ob diese ihre Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen einhalten oder ob sie etwa ungegerechtfertigte Grenzkontrollen durchführen. Wenn eine solche Evaluation zu dem Schluss kommt, dass ein Staat an der europäischen Außengrenze nicht in der Lage ist, die Außengrenzen zu kontrollieren und dieser Zustand auch nach weiteren drei Monaten anhält, kann ein sogenannter „Notfallmechanismus“ zum Einsatz kommen. Die Reform soll in all jenen EU-Staaten angewandt werden, die auch Anwenderstaaten des Schengener Abkommens sind (22 der 27 EU-Staaten). Außerdem soll sie in den Schengenstaaten gelten, die nicht zur EU gehören (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein). **Notfallmechanismus:** Im Notfall ist vorgesehen, dass der Ministerrat auf der Basis eines Vorschlags der Kommission eine Empfehlung zur Einführung von Kontrollen an einzelnen Abschnitten oder der gesamten Binnengrenze eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ausspricht. Die Kontrollen dürfen bis zu zwei Jahre aufrechterhalten werden. Diese Regelung soll jedoch nur als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn das Funktionieren des Schengen-Systems sowie die innere Sicherheit einzelner Mitgliedstaaten gefährdet sind, etwa bei einem massiven Anstieg irregulärer Migration. Zunächst ist jedoch zu überprüfen, ob die Defizite bei der Kontrolle der Außengrenze mit anderen Maßnahmen, etwa durch Unterstützung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex oder anderer Mitgliedstaaten, behoben werden können.

Hintergrund: Der Einigung auf die Schengenreform ging ein zweijähriger Verhandlungsprozess voraus. Bereits im Juni 2011 forderte der Europäische Rat eine Regelung zur temporären Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen. Hintergrund war damals die zeitweise Einführung von Grenzkontrollen an der französisch-italienischen Grenze nach der Ausstellung von Schengen-Visa an zumeist tunesische Boatpeople sowie an den Grenzen Dänemarks zu Deutschland und Schweden. Im September 2011 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Reform des Schengener Abkommens vor. Dieser wurde jedoch von einzelnen Mitgliedstaaten kritisiert, da sich die Kommission das Entscheidungsrecht über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in letzter Instanz vorbehielt, während etwa die deutsche Regierung die endgültige Entscheidung auf der Ebene der Mitgliedstaaten forderte. Bei der nun erzielten Einigung liegt die Entscheidungshoheit bei den Mitgliedstaaten.

Die EU-Kommission ist hingegen für die Überprüfung der Einhaltung des Schengener Vertragswerks zuständig.

Reaktionen: Bei der Vorstellung des halbjährlichen „Check-up-Berichtes“ zum Funktionieren des Schengen-Raums unterstrich EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström die Bedeutung der Personenfreizügigkeit für die EU und ihre Bürger: „Wir sind es unseren Bürgern schuldig, sicherzustellen, dass Schengen ein Raum ohne Grenzkontrollen bleibt.“ Der deutsche Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) begrüßte die Einigung: „Mit dem beschlossenen Verfahren wahren wir die Balance zwischen der Achtung der nationalen Souveränität der Mitgliedstaaten für die Sicherheit ihrer Bürger und der notwendigen Befassung auf europäischer Ebene.“ Scharfe Kritik kam hingegen von der bündnisgrünen Europaabgeordneten Ska Keller. Sie warf dem Europäischen Parlament vor, dass es „bei der Verteidigung einer der wichtigsten Errungenschaften der EU kläglich versagt“ habe. Europa würde nunmehr „die Axt an Schengen“ anlegen, da der Weg zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen nun geebnet sei.

Weiteres Vorgehen: Das Reformpaket wurde am 12. Juni vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Abstimmung im Ministerrat ist für den Herbst geplant. Die Zustimmung gilt als sicher. Nach einer Übergangsphase soll die Reform voraussichtlich im Herbst 2014 in Kraft treten.

Schengen-Bericht: Anfang Juni legte die EU-Kommission den dritten „Halbjahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums“ vor. Demzufolge wird das gemeinsame Visa-Informationssystem (VIS) bereits in Konsulaten von fünf Regionen genutzt (Nordafrika, Naher Osten, Golfstaaten, Westafrika, Zentralafrika; seit 6. Juni auch in Ostafrika und Südafrika). Bis Anfang Mai wurden im Rahmen des VIS insgesamt 2,9 Mio. Visumanträge bearbeitet, wobei 2,4 Mio. Visa erteilt und etwa 348.000 Anträge abgelehnt wurden. Auch wird erwähnt, dass das neue Schengener Informationssystem (SIS II) seit 9. April 2013 in Kraft ist. Dieses vereinfacht den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden und ermöglicht die Speicherung biometrischer Daten, etwa von Lichtbildern und Fingerabdrücken. Ursprünglich sollte das SIS II bereits im Jahr 2007 in Betrieb gehen.

Eurosur: Vertreter des Rats und des Europäischen Parlaments einigten sich Ende Mai auf die Ausgestaltung des Eurosur-Grenzüberwachungssystems. Dabei handelt es sich um ein System, welches den Austausch zwischen den nationalen Behörden und Frontex verstärkt sowie Überwachungssysteme wie etwa Satelliten oder Offshore-Sensoren zur Grenzüberwachung nutzt. Auf Druck des Europäischen Parlaments soll Eurosur auch zur Rettung von Menschenleben, etwa bei schiffbrüchigen Migranten, eingesetzt werden. Menschenrechte von Migranten sowie das Non-Refoulement-Prinzip seien im Rahmen der Nutzung von Eurosur zu respektieren. Dieses Prinzip verbietet es einem Staat, einen Flüchtling in ein Land abzuschieben, in dem sein Leben gefährdet ist. Nach Zustimmung durch den Ministerrat und das Europäische Parlament soll das System ab Anfang Dezember in allen EU-Staaten an der Außengrenze und ein Jahr später in allen Anwenderstaaten des Schengener Abkommens eingesetzt werden.

Weitere Informationen:

www.consilium.europa.eu, <http://ec.europa.eu>,
www.europarl.europa.eu

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/ 2013

NEUIGKEITEN DER EU

Ein Jahr „Blaue Karte EU“

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums (BMI) sind seit der Einführung der „Blauen Karte EU“ zum 1. August 2012 rund 10.000 dieser Arbeits- und Aufenthaltstitel für ausländische Akademiker und Fachkräfte ausgestellt worden. Von den 8.879 bis zum 30. Juni vergebenen Blue Cards gingen rund 70% an Drittstaatsangehörige, die sich bereits mit einem anderen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhielten. Darunter waren viele ausländische Absolventen deutscher Hochschulen, so das BMI in einer Ende Juli veröffentlichten Pressemitteilung. Die mit der Blue Card eingeführte Herabsetzung der Mindestgehaltsgrenze (Jahresbrutto) auf 46.400 Euro bzw. 36.200 Euro in Mangelberufen sowie Erleichterungen für Berufsanfänger hätten demnach zu einem Anstieg der Zuwanderung von Fachkräften geführt. Weitere 28,6% (2.536 Blue Cards) wurden an Neuzuwanderer ausgegeben. Staatsbürger Indiens (1.971), Chinas (775) und der Russischen Föderation (597) waren unter den Blue-Card-Inhabern am stärksten vertreten. www.bmi.bund.de
Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2013

Beschäftigungsrate von Ausländern

2012 waren 15,2 Millionen ausländische Staatsangehörige in der EU beschäftigt (7% der Gesamtbeschäftigung). Von diesen waren 6,6 Millionen Staatsangehörige eines anderen EU Mitgliedstaates und 8,6 Millionen Drittstaatenangehörige. In der EU lag die Erwerbstätigenquote der Staatsangehörigen eines anderen EU Mitgliedstaates (67,7%) leicht über der Quote der Inländer (64,6%) und deutlich über der Quote der Drittstaatenangehörigen (53,7%). In Deutschland lag die Beschäftigungsrate von Menschen aus anderen EU-Ländern bei über 72%. Von den Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Ländern haben 55,6% in Deutschland einen Job. In Bezug auf die Arbeitslosigkeit lag in der EU die Arbeitslosenquote der Staatsangehörigen eines anderen EU Mitgliedstaates (12,5%) über der Quote der Inländer (9,8%), jedoch deutlich unter der Quote der Drittstaatenangehörigen (21,3%).
Quelle: EU KOMP@KT 11-2013

Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

Das EU-Parlament hat am 12.06.2013 neue Vorschriften und Fristen für die Bearbeitung von Asylanträgen verabschiedet. Hierzu gehören die Asylverfahrensrichtlinie, die Aufnahme-richtlinie, die Dublin-Verordnung und die EUODAC-Verordnung. Künftig sollen keine Überstellungen mehr in Länder erfolgen, die eine korrekte Behandlung von Asylsuchenden nicht gewährleisten können. Hierzu soll ein Frühwarnmechanismus zur Feststellung der Überlastung eines Mitgliedstaates eingerichtet werden. Vorgesehen ist weiter ein stärkerer Schutz unbegleiteter Minderjähriger oder anderer besonders schutzbedürftiger Personen. Neun Monate nach Antragstellung erhalten Asylbewerber künftig Zugang zum Arbeitsmarkt. Um die nationalen Verfahren anzugleichen, sind gemeinsame Fristen zur Bearbeitung von Asylanträgen vorgesehen (Standardfrist: sechs Monate).
Quelle: EU KOMP@KT 11-2013

Asylentscheidungen in der EU

Laut einer Eurostat-Mitteilung vom 18. Juni 2013, wurden in der EU 2012 102.700 Asylbewerber als schutzberechtigt anerkannt. Das sind 18.400 Menschen mehr als 2011. Die höchste Zahl verzeichnete im Jahr 2012 Deutschland, das 22.200 positive Asylentscheide erteilte, gefolgt von Schweden mit 15.300 sowie dem Vereinigten Königreich (14.600). Die meisten Personen, denen der Schutzstatus zuerkannt wurde, kamen aus Syrien, Afghanistan und Somalia. Von den 18.700 Syrern, die in der EU den Schutzstatus erhielten, wurden mehr als 70% in Deutschland (8.400) und in Schweden (5.000) verzeichnet. Im Jahr 2012 wurden in der EU insgesamt 407.300 Entscheidungen über Asylanträge gefällt. Bei Entscheidungen in erster Instanz wurde 77.300 Personen der Schutzstatus zugesprochen, während weitere 25.400 Personen den Schutzstatus durch einen endgültigen Berufungsentcheid erhielten. Von den insgesamt 102.700 Personen, denen im Jahr 2012 der Schutzstatus zuerkannt wurde, erhielten 51.400 den Flüchtlingsstatus, 37.100 subsidiären Schutz und 14.200 eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen.

Zukunftsorientierte Migrationsmaßnahmen

Die EU-Kommission hat am 17. Juni 2013 eine konsequentere Einwanderungs- und Asylpolitik in der EU gefordert. Dazu gehören eine wirksame Strategie für legale Zuwanderung und Integration, die Aufgabe der Mitgliedstaaten sein soll. Zudem ist eine effizientere Steuerung der Reiseströme an den EU-Außengrenzen vorgesehen. Auch soll der Menschenhandel entschiedener bekämpft und besser gegen die irreguläre Migration vorgegangen werden. In der Asylpolitik will die EU-Kommission die praktische Zusammenarbeit weiter fördern, unter anderem über das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen. Sie will außerdem darauf hinwirken, dass weitere nationale Neuansiedlungsmechanismen eingerichtet und bereits vorhandene ausgebaut werden. Zudem sollen die Grundrechte zu einem festen Bestandteil des EU-Grenzmanagements werden.
Quelle: EU KOMP@KT 11-2013

Einigung über Anerkennung von Berufsqualifikationen

Die Unterhändler von Rat und Europäischen Parlament einigten sich am 12. Juni 2013 über die Revision der Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen. Für Ärzte, Krankenschwestern, Architekten und andere Berufe wird die Anerkennung ihrer Qualifikationen in anderen Mitgliedstaaten zukünftig einfacher sein. Dabei wird die deutsche Krankenpflegeausbildung in der jetzigen Form anerkannt. Eingeführt wird auch ein Europäischer Berufsausweis. Bei schwerwiegenden Vergehen von Angehörigen von Gesundheitsberufen sind zudem andere Mitgliedstaaten innerhalb von drei Tagen zu warnen.
Quelle: EU KOMP@KT 11-2013

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

BÜCHER

Heinz Ulrich Brinkmann / Haci-Halil Uslucan (Hrsg.): **Dabeisein und Dazugehören - Integration in Deutschland** - Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2013
Eine Bilanz zur Frage der Integration in Deutschland.
Quelle: Heinz Ulrich Brinkmann

Jochen Müller et al.: **Muslimen in Deutschland. Lebenswelten und Jugendkulturen.** Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Politik & Unterricht 3/4 2012, Bundeszentrale für politische Bildung (u. a.), Bonn, 2012.
Bestellung: www.bpb.de/shop Bereitstellungspauschale: 3,20 € Bestellnummer: 2590 Online abrufbar unter: www.politikundunterricht.de
Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2013

Heinz Ulrich Brinkmann, Haci-Halil Uslucan (Hg.): **Dabeisein und Dazugehören: Integration in Deutschland.** Springer VS, Wiesbaden, Juni 2013, 49,99 €, ISBN: 978-3-531-18311-4. Der Sammelband wirft einen wissenschaftlichen Blick auf den Stand der Integration in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt. Die Autoren fragen nach Perspektiven des Zusammenlebens und der künftigen Gestaltung gesellschaftlicher Teilhabe- und Partizipationsprozesse, nach Identitätskonstruktionen in der Migrationsgesellschaft und den Herausforderungen von internationalen Wanderungsbewegungen.
www.springer.com
Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2013

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt

Impressum
Herausgeber:
Internationaler Bund GmbH
Projekt Transfer und Bildung - TraBi 2020
Rosa-Luxemburg-Str. 50
99086 Erfurt
Telefon: 0361 6431535
Fax: 0361 3467666
E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de
Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium



Andrea Röpke, Andreas Speit (Hg.): **Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland.** Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 1341, Bonn, 2013. Der rechtsterroristische NSU wurde nur durch Zufall enttarnt. Das wirft Fragen auf, denen das Buch nachgeht, u. a.: Wie entwickelte sich das rechtsradikale Milieu seit Gründung der BRD? Wie groß ist die Zahl der Unterstützer und Sympathisanten rechter Gewalt? Welche Schlüsse sind aus der Vielzahl der Ermittlungsspannen im Hinblick auf die Aufdeckung und Bekämpfung rassistischer Straftaten zu ziehen?

Bestellung: www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 €, Bestellnummer: 1341

Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2013

Interaktive Infografik zum Thema Migration

Der Verein /e-politik.de/ e.V. hat eine interaktive Infografik zum Thema Migration produziert. Sie kann hier angeschaut werden: www.infografik.e-politik.de
Im Mittelpunkt der Infografik steht eine interaktive Weltkarte, auf der für alle Länder schnell und intuitiv Daten zum Thema Migration abgerufen werden können: Gesamtbevölkerung, Anteil Migranten und Herkunft der Migranten. Darüber hinaus können weitere Informationen zum Thema Migration abgerufen werden. Eine Reihe von Schwerpunktthemen, wie Eliten-Migration, Flucht und Vertreibung oder Urbanisierung gehen weiter ins Detail.
Die Infografik ist als Creative Commons lizenziert und kann von jedem im nicht-kommerziellen Rahmen kostenfrei genutzt und weiterverbreitet werden.
Des Weiteren kann sie über einen Einbettungscode einfach in Webseiten und Blogs eingebaut werden.
/e-politik.de/ e.V. möchte damit einen weiteren Beitrag leisten neue, innovative Formen der audiovisuellen Aufbereitung von politischen Themen zu finden.
Rückfragen erhalten Sie bei Jan Künzl, Projektleiter Wissenswerte, Gaudystr. 2, 10437 Berlin, Tel: 030/23130075, Mob: 0176/20790628, www.wissenswert.e-politik.de

Quelle: /e-politik.de/ e.V.

Wettbewerb

"Aktiv für Demokratie und Toleranz" 2013 - Jetzt bewerben
Sie führen ein Projekt durch, das sich mit den Themenbereichen Demokratie, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus oder Antisemitismus beschäftigt? Ihre Initiative stärkt die Zivilcourage der Menschen in Ihrer Region? Sie und Ihre Mitstreiter/-innen setzten sich aktiv gegen Extremismus und Intoleranz vor Ort ein?

Der Wettbewerb möchte Ihr Projekt oder Ihre Initiative der breiten Öffentlichkeit sichtbar machen. Ihre Kreativität und Ihr Engagement kann so eine Vorbildfunktion für andere Interessierte einnehmen.

Bewerben Sie sich noch bis zum **27. September 2013** im Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2013 und Sie haben die Chance Geldpreise im Wert von **2.000 Euro bis 5.000 Euro** zu gewinnen. Auf der Internetseite www.buendnis-toleranz.de finden Sie alle Informationen zum Wettbewerb und zur Bewerbung.

Quelle: Bündnis für Demokratie und Toleranz